KOLUMNE 05.05.2015 | Sandra Weiss

Einwanderer auf Zeit

Was Europa vom Umgang mit mexikanischen Migranten in den USA lernen kann.

El Alberto ist ein kleines Dorf in Zentralmexiko, umgeben von kakteenbewachsenen Hügeln, bewohnt von Otomí-Indígenas. Der Boden ist karg, die Äcker sind klein. Von der Landwirtschaft konnte man hier früher zwar überleben, aber nicht reich werden. Dann kam das Nordamerikanische Freihandelsabkommens (Nafta) im Jahr 1994 und mit ihm die subventionierten Agrarimporte aus den USA, mit denen die Kleinbauern nicht konkurrieren konnten. Die Auswanderung in die USA wurde zu einer Überlebensstrategie.

Das „Manna aus dem Norden", im Fachjargon der Weltbank „Rimessen" genannt, hat auch in El Alberto Spuren hinterlassen: dicke Pick-ups und Villen mit verspiegelten Fenstern – Monumente des sozialen Aufstiegs. Die meisten der Gebäude sind noch im Rohbau oder stehen leer. Sie sind geplant als Altersruhesitz. Denn die USA sind für die Migranten von El Alberto nur ein „vorübergehender Arbeitsplatz". Nach drei, fünf oder auch acht Jahren kehren viele zurück. Vom Ersparten kaufen sie sich Taxis, machen Gemischtwarenläden auf oder beteiligen sich an dem Freizeitpark, den die mexikanische Regierung finanziert hat, und der von den Anwohnern genossenschaftlich betrieben wird.

Migrationsbilanz null – woran liegt's?

El Alberto ist keine Ausnahme, wie Studien ergeben haben. Zwar leben rund 11,6 Millionen Mexikaner in den USA, doch die Migrationsbilanz zwischen Mexiko und den USA ist seit fast einem Jahrzehnt nahezu null. Zwischen 2005 und 2010 gingen laut einer Studie des *Pew Research Center* rund 1,3 Millionen Mexikaner illegal über die Grenze, während ebenso viele zurückkehrten. Wie kam es dazu? Carlos Heredia, Koordinator des Programms für US-Studien am Zentrum für Forschung

und Lehre (CIDE) und Mitglied des Mexiko-Instituts am Woodrow Wilson Center, identifiziert eine Reihe von Gründen.

Haben die USA also mit ihrer Mischung aus stärkeren Grenzkontrollen und regulierter Ausweitung der legalen Einwanderung ein Patentrezept gefunden? „Jein“

1) Auswandern oder nicht ist eine persönliche Entscheidung, in die viele Faktoren einfließen – die Bildungs-und Aufstiegschancen im Heimatland ebenso wie die Tatsache, schon Verwandte in den USA zu haben, die Kosten für die Schlepper, das Alter (im Durchschnitt 26 Jahre), das Geschlecht (auf drei Männer kommt eine Frau) oder auch die Sicherheitslage im Heimatland und entlang der Transitroute. Dennoch stellten die Forscher fest, dass ein Element stärker wiegt als alle anderen: Der Migrationsfluss läuft parallel zur US-Konjunktur, denn für drei Viertel der Auswanderer ist die Aussicht auf (besser bezahlte) Jobs der Hauptgrund. Doch die gab es lange nicht. Gerade erst erholt sich die US-Konjunktur von der Finanzkrise. Ein Indikator dafür sind die Rimessen: Sie liegen noch immer deutlich unter dem Rekordniveau von 25 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008. Erst Ende 2014 zeichnet sich wieder ein robustes Wachstum ab. Forscher erwarten deshalb ab diesem Jahr wieder eine Zunahme des Migrantenstroms.

2) Einen weiteren Grund sieht der Migrationsexperte in der Verschärfung der Grenzkontrollen und den Abschiebungen, die unter US-Präsident Barack Obama ein Rekordhoch erreicht haben. Offiziellen mexikanischen Statistiken zufolge werden jährlich 400.000 Mexikaner aus den USA abgeschoben – verbunden mit immensen sozialen Verwerfungen, Menschenrechtsverletzungen und persönlichen Dramen durch Familientrennungen. Dennoch gibt eine zunehmende Zahl – laut Pew zuletzt 20 Prozent – an, nicht in die USA zurückkehren zu wollen.

3) In dem Maße, in dem die illegale Auswanderung abgenommen hat, stieg die legale, wie der ehemalige mexikanische Außenminister Jorge Castañeda anmerkt. Im Jahr 2010 wurden demnach über eine halbe Million Zeitarbeitsvisa und 15.000 Aufenthaltsgenehmigungen an Mexikaner erteilt – so viel wie nie zuvor. Mit dieser Politik gelang es den USA, die Einwanderung zu steuern und besonders qualifizierte Arbeitskräfte wie Ingenieure anzulocken. Die legale Migration schafft bessere Kontrolle und mehr Mobilität. Außerdem, so Castañeda, hätten

viele legal ansässige Mexikaner zwischen 2006 und 2010 angesichts der Zunahme der Fremdenfeindlichkeit in den USA nach den erforderlichen fünf Jahren legalen Aufenthalts die US-Staatsbürgerschaft angenommen. Das erleichtert den Familiennachzug und erspart den Angehörigen die komplizierte Bürokratie für Besuchsvisa.

4) Der vierte Grund ist vor allem regional zu bemerken und könnte langfristig ein Trend werden, sofern Mexikos Wirtschaftsreformen wirklich zum Tragen kommen: Aufstrebende Regionen wie die Bundesstaaten Guanajuato, Querétaro, Puebla und Estado de México sowie Teile von Jalisco, die das Rückgrat des Automobil- und Luftfahrtclusters bilden und in der Exportlandwirtschaft Erfolg haben, schicken nicht nur keine Migranten in die USA, sondern ziehen Binnenmigranten aus ganz Mexiko an. Ob sich dieser Trend ausweitet, hängt aber nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung ab, sondern auch von der Demographie. Der abrupte Rückgang der Geburtenrate (mittlerweile 2,2 Kinder pro Frau) wird sich Forschern zufolge ab 2028 bemerkbar machen. „Dann wird Mexiko Arbeitskräfte aus Mittelamerika brauchen“, so Heredia. Zugleich werde aber die Auswanderung in die USA anhalten – vor allem vor dem Hintergrund der Familienzusammenführung.

Ein Vorbild für die EU?

Haben die USA also mit ihrer Mischung aus stärkeren Grenzkontrollen und regulierter Ausweitung der legalen Einwanderung ein Patentrezept gefunden? „Jein“, meint Heredia. Die Situation sei kaum mit der Europas vergleichbar, da die hauptsächlich asiatischen und lateinamerikanischen Migranten viel leichter in die USA zu integrieren seien als arabische oder afrikanische Migranten in Europa. Dennoch kann man aus der US-Mexiko-Nachbarschaft einige Schlussfolgerungen ziehen: Migration kann nicht verboten oder gestoppt, sondern nur verwaltet werden. Und zwar am besten mit einem langfristigen Blick für die Herausforderungen der Zukunft.

Experten sind sich einig: In den USA gibt es wie in Europa oder Japan keinen demographischen Bonus mehr. Der Kapitalismus aber braucht stetes Wachstum. Wollen die Volkswirtschaften also wettbewerbsfähig bleiben, ihr Wachstum aufrechterhalten und die Renten der älteren Generationen finanzieren, sind sie auf Einwanderer angewiesen. Langsam bahnt sich diese Einsicht ihren Weg in den USA. Nicht nur bei Unternehmern und Demokraten, sondern auch bei den Republikanern,

die sich vor allem aus politischem Kalkül lange gegen Einwanderung sträubten: die Migranten gelten als natürliche Wählerklientel der Demokraten. Auch da scheinen die Dinge in Bewegung zu kommen. Unter den republikanischen Präsidentschaftsaspiranten befinden sich nun auch zwei, drei Hispanos. Doch im Vergleich zur Herausforderung einer innereuropäischen Abstimmung bei der Migrationspolitik dürfte die Konfrontation zwischen Republikanern und Demokraten in den USA ein Kinderspiel gewesen sein.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.

2 LESERBRIEFE

felkra schrieb am 05.05.2015

Vergessen wird bei diesem Vergleich stets, dass in den USA keine Soziallestungen ohne Eigenleistung beansprucht werden können, während in Europa, je nach Land, bereits am Anfang und ohne Eigenleistungen auf Sozialhilfe Anspruch gestellt werden kann. Die Immigranten, die kein Interesse an Integration oder

Arbeit haben, Familie und Knder nachziehen, können die Gesellschaft der Steuerzahler Milliarden kosten.

GeldFragezeichen schrieb am 12.05.2015

Mit Geld und Kosten zu argumentieren scheint mir allgemein eine etwas oberflächlichle Betrachtungsweise zu sein. Nicht nur angesichts der Finanzkrise des Jahres 2008, wo ja Milliarden nur so flossen. Geld ausgeben ist bestenfalls ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, auch für die Immigranten, wenn man die Immigranten arbeiten liesse. Nur was wenn die Alteingesessenen das Gefühl bekämen, für die Immigranten arbeiten zu müssen, weil diese nichts tun dürfen. Sicher freut sich die Wirtschaft, für Immigranten/Asylsuchende an Unterkunft, Betreuung, Nahrung verdienen zu können.
